Nr. 304.

Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfge., durch die Post 2 Mark 75 Pfge. Einzel. Nummern 10 Pfge.

Auflage 32000 Expl.

Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M., — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München, — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht und Fremdenliste.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantw. Redacteur: Ernst Liepsch in Dresden.

Mittwoch, den 31. October.

Inserate werden Marienstraße 13 bis 3½ Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Meißnergasse 5 zur Rahm. 4 Uhr. — Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Pfge. Eingesandt die Zeile 30 Pfge.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen und Personen erbitten wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Posteinzahlung. Nicht Bilden kosten 10 Pfge. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfge.

XXII. Jahrgang.

Mitredacteur: Dr. Emil Bierey.
Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann.

Dresden, 1877.

Für die Monate November und December

werden Abonnements auf die „Dresdner Nachrichten" in der Expedition, Marienstraße Nr. 13, zu 1 Mark 70 Pfg., sowie für auswärts bei den Postämtern zu 1 Mark 85 Pfg. angenommen.

Politisches.

Vom Frieden ist es wieder ganz still geworden. Würde eine Vermittelung ernstlich angeregt, so würde, wie es heißt, Fürst Gortschakoff den Gedanken im Prinzipe zwar annehmen, aber so unerfüllbare Bedingungen militärischer Natur (Einräumung bulgarischer Städte behufs Verquartierung des russischen Heeres im Winter) stellen, daß die Türken nimmermehr darauf eingehen könnten. Außerdem macht der günstigere Verlauf des Krieges die Russen immer weniger geneigt zu einem baldigen Frieden. Man wird sich freilich hüten müssen, den russischen Telegrammen zu trauen, da augenblicklich alle fremden Correspondenten aus der Gefechtslinie ausgewiesen sind und eine Controle der russischen Meldungen durch Unparteiische ferner unmöglich ist. Keinen Zweifel setzen wir in die Meldung, daß die Russen sich Telisch' bemächtigten und so den in Plewna eingepuppten Osman abermals enger umschlossen. Hingegen wird russischerseits über den Gang des Krieges in Asien unendlich geflunkert. Die Festung Kars ist seit ihrer ersten Einschließung im Frühjahr nicht schwächer, sondern gewiß nur stärker geworden und nur in Folge einer türkischen Nachlässigkeit ersten Ranges, wenn Moukhtar den Proviant der Festung aufgezehrt oder keine genügende Besatzung dort zurückgelassen hätte, könnte jetzt schon von einer Capitulation die Rede sein. Ebenso ist die als ein Frühstück behandelte Eroberung von Erzerum so unwahrscheinlich wie möglich. Die beste Meldung für die Russen aber ist die, daß Fürst Gortschakoff und Staatsrath Jonin damit umgehen, eine Verfassung für das russische Reich auszuarbeiten. Diese Verfassung soll nicht nach der gewöhnlichen Schablone der heute in Europa modernen constitutionellen Formen beschaffen sein, sondern den factischen, socialen und politischen Zuständen, wie diese sich in Rußland entwickelt haben, angepaßt werden, daher auch den historischen Rechten und Vorrechten vollauf die denselben gebührende Stellung einräumen. Das aristokratische Element dürfte die Basis dieses Operates bilden. Ohne seine Niederlagen würde sich Rußland nie zu solchem heilsamen Schritte entschlossen haben.

In Frankreich dauert die Ungewißheit Mac Mahon's über die zu ergreifenden Maßregeln fort. Die Einigkeit der Conservativen ist wieder einmal gründlich gestört, und selbst der verhältnißmäßige Sieg, den sie bei den Stichwahlen davontrugen, wird die tiefen Risse in ihren Reihen nicht zukitten. — Eine frohe Botschaft bringt aus der Schweiz. Dort fanden drei allgemeine Volksabstimmungen statt: die Gesetze über ein allgemeines Schweizerbürgerrecht und eine Militairsteuer wurden verworfen, hingegen das Fabrikgesetz mit 181,309 gegen 169,586 Stimmen angenommen. Hierdurch ist ein elfstündiger Normalarbeitstag in allen Fabriken eingeführt, die staatliche Beaufsichtigung der Fabrikräume in Bezug auf gesundheitliche Anforderungen organisirt, die Frauen- und Kinderarbeit wesentlich beschränkt und eine ganze Reihe von Maßregeln getroffen worden, um der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft durch den unersättlichen Capitalismus zu steuern. Die Fabrikanten werden sehr bald die heilsamen Folgen dieses trefflichen Gesetzes an der Güte der Arbeit erkennen und aus kurzsichtigen Gegnern warme Anhänger eines Gesetzes werden, das gerechte Wünsche der Arbeiter befriedigt, Unzufriedenheit entfernt und sie weniger geeignet macht, den Socialdemokraten als Gefolgschaft zu dienen.

Katzenjämmerlich ist die Stimmung über den Ausgang der zweitägigen Debatten im preußischen Abgeordnetenhause über die Minister-Beurlaubungen. Es hat viele Geschlagene gegeben (die Fortschrittspartei, das Centrum und die Nationalliberalen), aber nur einen Sieger: den leeren Sessel auf der Ministerbank. Klar wurde, daß die Regierung nicht die Verwaltungsreform will, und wenn sich die „Nat.-Ztg." über dieses Zurückbleiben hinter anderen Ländern damit tröstet, daß sie sagt: „Preußen ist am Ende doch der bestverwaltete Staat des europäischen Continents und vielleicht der Welt" — wer wird da so grausam sein, diese beseligenden Illusionen durch Zweifel zu stören? Fahren wir vielmehr geschäftsmäßig in dem Auszuge aus dem sächsischen Budget fort:

Die Grundsteuer (7,2 Pf. pro Einheit) wird 4,298,000 M. Reinertrag bringen; die Unkosten belaufen sich auf 409,000 M., dabei ist die Vermehrung der Hilfsarbeiter für die Bezirkssteuereinnahmen vorgesehen. Die Einheiten der Grundsteuer sind im Wachsen begriffen; am Schlusse des laufenden Jahres giebt es deren 64,250,000; für den ersten Termin des neuen Jahres rechnet die Regierung auf 270,000 Einheiten Zuwachs und auf 180,000 Einheiten Zuwachs für jeden weiteren Termin der Jahre 1878/79. Die Gewerbe- und Personalsteuer zu 5/10 des Vollbetrags giebt einen reinen Ueberschuß von 5,485,600 M. Die Unkosten betragen 660,400 M. Diese Steuer ist infolge der wirthschaftlichen Krisis im Sinken begriffen, nämlich um 104,000 M. gegen das Jahr 77. Bei obiger Veranschlagung ist das geringe Solleinkommen dieses Jahres zu Grunde gelegt worden; daß möglicherweise ganz die Gewerbe- und Personalsteuer aufgehoben und dafür die Einkommensteuer gesetzt werden soll, deutete die Thronrede an. Zunächst beabsichtigt die Regierung eine gesonderte Besteuerung des Gewerbebetriebs im Umherziehen vorzuschlagen. Diese Besteuerung würde dann ganz aus der Gewerbesteuer auszuscheiden haben. Die Regierung veranschlagt die Einnahme aus solchen Gewerbesteuerscheinen für das Hausirgewerbe auf jährlich 120,000 M. Die Schlachtsteuer erhöht sich im Ertrag auf 3,600,000 M., es ist dies im Ganzen ein günstiges Zeichen, da es auf einen dauernd gestiegenen Fleischconsum schließen läßt. Der Spielkartenstempel (so lange ihn uns das Reich läßt) bringt 130,000 M. Die sonstigen Restitutionen des Reichs für die Grenzbewachung und die Erhebung und Beaufsichtigung des Bierbrauens und des Branntweinbrennens durch sächsische Beamte betragen 1,607,000 M. Der Urkundenstempel und die Erbschaftssteuer bringen 1,666,000 M. Diese Steuer ist im Steigen begriffen, ihr Ertrag konnte um 200,000 M. erhöht eingestellt werden. Die Einkommensteuer bei 11 Simplen (wenn's dabei bleibt!) giebt 10,560,000 M. Die Erhebungskosten betragen 238,000 M., der Aufwand für die Catastration 511,000 M., für die Reclamationen 80,000 M. Damit endet das Einnahme-Budget.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachrichten."

Pest, 30. October. Im Abgeordnetenhause legte der Finanzminister das Budget für 1878 im Exposé vor. Er weist nach, daß nebst Ersparungen von 13 Millionen in den Jahren 1876/1877 die Verminderung der Ausgaben 1878 weitere 3½ Millionen beträgt. Die Einnahmen sind im Ganzen 2½ Millionen höher präliminirt. Das Deficit 1878 beträgt 15⅗ Millionen, wovon auf die Amortisation der Staatsschulden 8 9/10 Millionen kommen. Das eigentliche Deficit beträgt sonach 6 7/10 Millionen, was gegenüber 1877 eine Besserung um 6⅕ Millionen bedeutet.

Konstantinopel, 29. October. Derwisch Pascha meldet aus Batum vom 26. d., die dort stehenden Russen seien durch 4 Bataillone und mehrere Batterien verstärkt worden. — Ein Telegramm Moukhtar Paschas vom 27. d. besagt, die Russen hätten in dem 3 Stunden entfernten Azap ein Lager bezogen. — Ghetket Pascha berichtet aus Orthanie vom 27. d., die Russen hätten Gradischnitza angezündet, seien dabei aber von den Türken, welche 60 Mann Russen außer Gefecht gesetzt hätten, zurückgewiesen worden. Am 26. habe auf der Straße von Orthanie nach Plewna ein Zusammenstoß stattgefunden, Slattzar sei von den Russen besetzt.

Locales und Sächsisches.

— Ihre Maj. die Königin Carola hat an Stelle der verewigten Königin Maria das Protectorat über das Josephinen-Stift übernommen und den Unterricht in dieser Anstalt wiederholt besucht.

— Gestern Morgen 8 Uhr begab sich Se. Maj. der König nach Moritzburg zur Jagd und kehrte bereits Nachmittags 5 Uhr wieder von dort zurück.

— Landtag. II. Kammer. Die Publicirung der zur Erledigung gekommenen Registranden in der vorgestrigen Abendsitzung bot nichts Bemerkenswerthes. Hierauf zogen sich die einzelnen Abtheilungen zurück, um über die Constituirung der Deputationen zu berathen. In die Petitions-Deputation wurden gewählt: die Abgg. Barth (Stenn), v. Bosse, Breitfeld, Käuffer, Lehmann, Meischner, Pfeiffer, Speck, Zenner, Uhle II. In die Rechenschaftsberichts-Deputation: die Abgg. Grahl (Vicepräs.), Günther (Präsident), Heine, Höckel, Hildebrand, Kloyser, Seydel, Werner. In die Finanz-Deputation: die Abgg. Bauer, Kirbach, Leuteritz, Mehnert, Minckwitz (1. Präsident), v. Oehlschlägel, Oehmichen, Penzig, Starke (Mittweida), Uhlemann (1. Vicepräsident), Hartwig, Röckert, May (2. Präsident), Philipp, Roth, Scheiter, Schmidt, Schreck, Starke-Pirna, (2. Vicepräsident), Stauß. In die Gesetzgebungs-Deputation: die Abgg. Ackermann (Vicepräsident), v. Ehrenstein, Elsold, Körner, Krause, Schaffrath, Steyhani, Streit (Präsident), Vodel, Querner. — Das Landtagsreferat vom Sonnabend enthält insofern eine Unrichtigkeit, als diejenigen Herren der I. Kammer, welche in dem betr. Referat als in die Rechenschaftsberichtsdeputation gewählt angeführt sind, der Petitionsdeputation angehören und umgekehrt.

— Landtag. Die erste größere Sitzung der 2. Kammer gestaltete sich gestern zu einer höchst interessanten Berathung, indem sie sich nicht nur auf die gesammte Finanzlage Sachsens und die Einkommensteuer erstreckte, sondern auch das politische Gebiet verührte. Sofort zu Beginn der Sitzung ergriff Finanz-Minister von Könneritz das Wort und giebt in seiner längeren Rede eine erschöpfende Uebersicht der sächsischen Finanzlage. Die Befürchtung, welche bisher über die Finanzlage des Landes geherrscht, habe sich nicht ganz bestätigt. Die Finanzperiode 74/75 habe einen Ueberschuß von 9,900,000 M. ergeben. Unsere Staatsschulden hätten zwar 1876 die Höhe von 351 Mill. M. erreicht gehabt, aber 326 Mill. M. seien für werbende Zwecke productiv angelegt gewesen, 12 Mill. weiter für Neubauten und nur 13 Mill. nicht für werbende Anlagen. Nun habe aber seit 75 der Druck der volkswirthschaftlichen Krisis die erheblichsten Einnahmeausfälle bewirkt, namentlich bei den Eisenbahnen, Forsten und den Bergwerken, so daß 1876 bei den Bahnen allein ein Ausfall von 3,785,000 M. sich zeigte. Seit August l. J. aber zeige sich eine Hebung des Verkehrs, so daß sich für 1877 ein weit günstigeres Ergebniß erwarten lasse. Trotzdem müsse man sich für die laufende Periode auf ein Deficit von 9—10 Mill. gefaßt machen. Der Minister ging sodann die hauptsächlichsten Ziffern des Budgets durch und betonte, daß er das ganze Budget nach den Grundsätzen möglichster Sparsamkeit aufgestellt habe. Er betonte seine feste Zuversicht, daß man den Höhepunkt der wirthschaftlichen Krisis überschritten habe und daß nun bald wieder normale Zustände eintreten. Auch früher seien Steuer-Erhöhungen dagewesen, die jetzige sei nicht größer als die von 48—50 und 67—69. Sie werde hoffentlich bald überwunden sein. Er selbst werde sich bemühen, das außerordentliche Budget möglichst abzumindern. (Bravo!) Die Bahnen verzinsten sich zu 4,8 Procent, was ein um so günstigeres Resultat sei, da doch die Hebung der Volkswirthschaft Hauptzweck des Bahnbaues sei. (Beifall!) In dieser Periode ständen keine größeren Bahnbauten in Aussicht. Da die schweren Zeiten hoffentlich bald vorüber seien und wenn man mit den Ansprüchen an die Staatskasse auch seitens des Landtags zurückhaltend sei, so stehe bald wieder die Ermäßigung der Staatssteuern zu erwarten. Dahin zu wirken, betrachte er als eine seiner Hauptaufgaben. (Lebhafter, vielseitiger Beifall.) Abg. Krause bekämpft namentlich den Ankauf der Privatbahnen und findet den dafür gezahlten Preis zu hoch; dies gelte vorzüglich von der Leipzig-Dresdner Bahn. Auch wolle die Finanzverwaltung namentlich im Eisenbahnfinanzwesen Geldausgaben auf, die lediglich zu politischen Zwecken und nicht zu Zwecken des Landes verwendet worden wären (Unruhe, Widerspruch). Dieser Ankauf der Bahnen sei nur entsprungen aus einem unbegründeten, ungerechtfertigten Mißtrauen gegen das Reich (Oho, Oho). Er zweifle durchaus nicht an der Lebensfähigkeit Sachsens (Gelächter), könne aber die Eisenbahnpolitik desselben nicht billigen. Er behauptet unter großer Heiterkeit des Hauses, daß er den Lübbischen Schiedsspruch vorausgesehen habe. Minister v. Nostitz-Wallwitz glaubt sich vor allen Dingen gegen die politischen Bemerkungen des Vorredners verwahren zu müssen. Die sächsische Regierung bekenne sich noch heute zu den festen Prinzipien, die sie bisher gegen das Reich eingenommen habe; sie werde fortfahren, in strengster Weise ihre Pflichten gegen das Reich zu erfüllen. Die Regierung werde aber auch fortfahren, alle diejenigen Mittel anzuwenden, um die Stelle zu behaupten, die ihr in den deutschen Mittelstaaten zukomme. Alle Mittelstaaten müßten jedoch in erster Linie darnach streben, um ihre Eisenbahnen, die Grundherren ihres wirthschaftlichen und sozialen Lebens zu behalten. Die jetzige Haltung in diesem Punkte gegenüber dem Reich sei vorher reiflich überlegt worden. Von einem Mißtrauen gegen das Reich und seine Organisation könne, was die letzte Eisenbahnaffaire anbetreffe, keine Rede sein; hier sei lediglich eine Differenz mit Preußen zu verzeichnen (Bravo!) Abg. Walter protestirt gegen das ausgesprochene Mißtrauensvotum des Abg. Krause, ebenso Abg. v. Oehlschlägel. Derselbe weiß nicht, ob das Land einen besonderen Werth darauf legen wird, wenn der Abgeordnete Krause dem Lande die Lebensfähigkeit abspricht (allgemeine Heiterkeit), findet jedoch den der Finanzverwaltung gemachten Vorwurf ganz ungerechtfertigt. Abg. Schaffrath protestirt ganz entschieden gegen Krause's Behauptung, als wären von der Regierung Gelder zu politischen Zwecken verwendet worden, die Landesinteressen dienen sollten. Solche Sachen müßten unbedingt bewiesen werden, es sei leicht, ohne positive Beweise gegen die Mehrheit des Hauses solche Behauptungen zu schleudern. Er beneide Krause'n um seine Allwissenheit, daß er vorausgesehen habe, wie die bekannte Lübecker Affaire ausdaufen werde. Als Jurist habe Krause dies jedenfalls nicht vorausgesehen (Große Heiterkeit), auch er (Redner) habe trotz seiner juristischen Kenntnisse nicht im Voraus gewußt, daß die Berlin-Dresdner Bahn an Preußen übergehen werde. Abg. Krause verwechselte immer die Begriffe; wenn er von Mißtrauen gegen das Reich spreche, so meine er immer blos Preußen (Zustimmung). Redner versichert schließlich, gegen jede Erhöhung des Budgets zu stimmen, außer den vertragsmäßig garantirten Positionen. Es sei wünschenswerth, diesmal äußerst sparsam zu sein. Abg. Dr. Heine findet in den wirthschaftlichen Krisis und in der irregeleiteten Gesetzgebung die Hauptschuld der finanziellen Belastungen. Abg. Freytag (Sozialdemokrat). Ein sehr großer Theil der sächsischen Bevölkerung dringt der sächsischen Eisenbahnpolitik keineswegs das Mißtrauen entgegen, wie es der Abg. Krause geschildert hat (Zustimmung). Die Bahnen, welche ein Land einmal besitzt, soll es auch behalten. Wenn übrigens Abg. Krause gewisse finanzielle Manipulationen der sächsischen Regierung tadele, er solle sich doch deshalb lieber nach Berlin an seine Gesinnungsgenossen wenden, dort würden unproductive Ausgaben auf Jahre hinaus bewilligt, dort wäre Idyllie nöthig. (Bravo.) Abg. Dr. Minckwitz sieht gerade in der Lösung der Berlin-Dresdner Bahnaffaire einen für Sachsen ganz befriedigenden Ausgang. Abg. Günther fragt Krausen, ob er die Interessen Sachsens zu wahren glaube, wenn er immer und immer wieder dieses der Reichsfeindlichkeit beschuldige? Abg. Steyhani bedauert, daß Sachen mit in die Budget-Berathungen gezogen würden die nicht unmittelbar mit denselben zusammenhängen (Zustimmung). Ein Gegensatz sächsischer und Reichsinteressen existiren überhaupt für ihn nicht, dieselben decken sich gegenseitig (Bravo). Eine wesentliche Minderung der Steuern sei jetzt nicht gut möglich. Redner schlägt folgende Steuerreformen vor: Aufhebung der Gewerbe- und Personalsteuer, Aufrechterhaltung der Einkommensteuer für die niedrigsten Steuersätze. Classensteuer, Aufrechterhaltung der Grundsteuer und deren Verbesserung durch eine Neubonitirung des Grundbesitzes (Gelächter). Abg. Ackermann hebt hervor, daß der Abg. Krause in seinen Ausführungen vor Allem vergessen habe, in wie fern das Reich mit der finanziellen, wirthschaftlichen und industriellen Gesetzgebung zu derjenigen Lage beigetragen habe, und kann nicht umhin, dem Ministerium seinen Dank für die bewiesene Haltung auszusprechen. Abg. Dr. Krause: Er habe auf der ganzen Welt Niemanden finden können, der je daran gedacht habe, Sachsens Interessen zu kränken. Uebrigens sei seinen Worten von keiner Seite das richtige Verständniß entgegengetragen worden. Abg. Kirbach theilt Steyhani's Anschauungen, daß die Einkommensteuer zu reformiren, aber dann auch als gerecht zu ertragen sei. Er desavouirt seinen Gesinnungsgenossen Krause vollständig. Der Finanzminister v. Könneritz sichert für die Zukunft ein übersichtlicheres Budget, namentlich im Eisenbahnwesen, zu. — Die Kammer verweist das Budget an die Finanzdeputation.

— Ueber den Pusinelli'schen Raubmord sind uns noch folgende Notizen zugegangen. Das kgl. Justizministerium hat auf die Ermittelung des Raubmörders eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt, welches durch eine gestern Nachmittag an den Plakatsäulen angeschlagene Bekanntmachung der k. Staatsanwaltschaft zur öffentlichen Kenntniß gebracht worden ist. Die Recherchen unserer Sicherheitsbehörde nach dem unbekannten Urheber der Gräuelthat haben, soviel wir hören, bis gestern Nachmittag noch keinen Erfolg gehabt, doch ist es gelungen, wenigstens annähernd festzustellen, welche Gegenstände dem Ermordeten geraubt worden sind. Es sind dies glaubhaften Mittheilungen zufolge: ein grauer Leinenwandsack mit harten Thalern und Zwanzigmarkstücken, ein kleiner fahrtartiger (ovaler) Blechkapt, dunkelfarbig, mit durchbrochenen Verzierungen, gefüllt mit Geldrollen, wahrscheinlich Goldstücken oder auch Fünfzigpfennigstücken, div. goldene Ringe mit und ohne Steinen, darunter einer mit weißen Steinen (Diamanten) besetzt, und ein sogen. Schlangenring, eine goldene Doppelnadel, durch ein Kettchen verbunden, eine goldene Spindeluhr mit Repetirwerk, eine silb. Spindeluhr, eine silb. sog. Doubleruhr mit Viertel- und Stundenzeiger, sowie einem über dieselben sprungweise sich hinweg bewegenden Sekundenzeiger. Außerdem wird der Inhalt eines großen, vom Mörder zurückgelassenen, von ihm durch Herausschneiden des Schlosses geöffneten Necessairs aus zahlreichen silb. Toilette- und anderen Gegenständen, als: Waschbecken, div. Büchsen für Zahnpulver, Seife, Schwamm, Tinte 2c., Korkzieher, Falzbeile, Nagelfeilen, Messer, Bürsten, Scheeren 2c. bestehend, vermißt, welche Gegenstände von dem Thäter wahrscheinlich ebenfalls geraubt worden sind. Ingleichen fehlt das vermuthlich metallene Vertirschlößchen des Necessairs nebst einem mit demselben herausgeschnittenen viereckigen Stückchen rothbraunen Leder. In diesem Necessair soll der Ermordete zeitweilig auch Coupons, vielleicht auch andere Werthpapiere aufbewahrt haben, wovon ebenfalls nichts mehr vorhanden ist. Dieses Necessair hatte Pusinelli in seinem Bette verwahrt und pflegte er darauf zu schlafen. In diesem Bette ist es nun auch, jedoch aufgeschnitten und leer, aufgefunden worden. — Von den vier Mordwaffen, welche von dem Thäter zur Ermordung Pusinelli's benutzt worden sind, und welche aus einem eisernen Hackemesser, einem Zimmermannshammer mit einem Stück buchenen Brennholz als Stiel, einem kleineren gewöhnlichen Hammer mit Nagelzieher und einem großen alten Brod- oder Kuchenmesser bestanden haben, sind das Hackemesser, der größere Hammer und das Messer Eigenthum Pusinelli's und haben sich nach Angabe seiner Aufwärterin im Logis offen auf verschiedenen Möbeln liegend befunden, der kleinere Hammer jedoch scheint von dem Mörder mitgebracht und zurückgelassen worden zu sein, denn die Aufwärterin will sich nicht besinnen, denselben jemals gesehen zu haben. Allem Anscheine nach ist der Ermordete in